

Offener Brief

An die

SPD-Bundestagsabgeordneten

Wir rufen Euch im Namen der großen Mehrheit der Bevölkerung und zahlloser Beschlüsse aus den Gewerkschaften und der SPD auf:

Lehnt die Privatisierung der Bahn ab !

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie schon bei der Gesundheitsreform“ oder auch bei dem Gesetz zur Rente mit 67 erleben wir jetzt wieder bei der Privatisierung der Bahn eine Situation, wo sich zahllose Beschlüsse und Aufrufe aus der SPD und den Gewerkschaften an Euch als SPD-Abgeordnete richten.

Die Forderungen an Euch sind eindeutig:

Der **Mainzer Unterbezirksparteitag der SPD** verlangt, „statt die Bahn an Investoren“ zu verkaufen, „die nur an hohen Renditen interessiert sind (...) soll (...) die Deutsche Bahn öffentliches“ Verkehrssystem bleiben.

Der **Landesparteitag Bayern** beschloss: „Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im Bundestag die Teilprivatisierung der Bahn abgelehnt wird“.

„Für uns sind das Schienennetz“, so der **Landesparteitag Baden-Württemberg**, „und ein funktionierender Eisenbahnbetrieb in Nah-, Fern- und Güterverkehr ein unverzichtbarer Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge können wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen. Dies schließt der derzeitige Entwurf des Eisenbahnneuordnungsgesetzes noch nicht aus“. (07.07.07)

„Die **Berliner SPD** lehnt eine vollständige oder teilweise Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Die Schieneninfrastruktur muss vollständig in öffentlichem Eigentum verbleiben.“ (Beschluss des Landesparteitages am 30.06.07)

Allein 5 Landesparteitage sagen Nein zur Privatisierung der Bahn! Aber nicht nur sie:

Am 3. April hat der DGB, der nicht für irgendjemanden steht, beschlossen: „Der **Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften** lehnen die Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG grundsätzlich ab. Im Interesse der Beschäftigten der DB AG und einer nachhaltigen Entwicklung des Verkehrssektors fordert der DGB, dass die DB AG als integriertes Unternehmen vollständig in öffentlichem Eigentum verbleibt.“

Dieselbe Forderung hat die **Gewerkschaft ver.di** im Januar erhoben:

„Nein zur Privatisierung der Deutschen Bahn AG“!

Ist das nicht ein klarer und eindeutiger Auftrag von Millionen Bürgern und Arbeitnehmern an Euch SPD-Abgeordnete?

Hunderttausende von Berufspendlern und Reisenden machen schon jetzt ihre Erfahrungen mit dem täglichen Chaos von Verspätungen, Zugausfällen und Personalmangel, die in der Vorbereitung des Börsengangs der Bahn zur Regel geworden sind

Die sog. „Erfolge“ der Bahnreform von 1994 sind erkaufte durch Arbeitsplatzvernichtung, Schließungen, Auslagerungen, Teilprivatisierungen und Lohnkürzungen, gegen die die Beschäftigten jetzt in den Arbeitskampf getreten sind.

Die Privatisierung bedroht nicht nur die Bahn sondern auch die Gewerkschaften, die in eine Zersplitterung getrieben werden, die bis dato unbekannt war.

Hört Euch an, was die **Vertrauensleute der bereits „ausgegründeten“ Berliner S-Bahn** in einem

dringenden Apell an die Führung ihrer Gewerkschaft TRANSNET schreiben: „Als BahngewerkschafterInnen unserer DGB-Gewerkschaft TRANSNET lehnen wir den Börsengang der Deutschen Bahn AG, alle sonstigen Privatisierungsbestrebungen und Ausgründungsvorhaben sowie die Trennung von Netz und Betrieb ab. (...) Die Bahn als ein Teil des großen staatlichen öffentlichen Dienstes muss voll in die staatliche Verantwortung zurück. Nur so kann die Bahn den vom Grundgesetz gebotenen Infrastruktur-Auftrag erfüllen. Der bisherige Privatisierungskurs hat bisher Hunderttausende von qualifizierten Arbeitsplätzen bei der Bahn gekostet. Weitere sollen folgen. Die prekäre Beschäftigung breitet sich aus. Dadurch müssen wir erleben, daß selbst unsere Organisation, die Gewerkschaft TRANSNET, in Frage gestellt wird“.

„Der aktuelle Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG hat gezeigt, welche Einflussmöglichkeiten der Bund als Eigentümer eines teilprivatisierten, ehemals im Bundesbesitz befindlichen Unternehmens noch hat. Wenn eine Sparte eines großen Konzerns wie im Fall Telekom nicht so rentabel ist, wie vom Management erwartet, wird sofort mit einem Kahlschlag reagiert“**(Landesparteitag SPD-Brandenburg)**

Der Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie sind durch die Privatisierung bedroht!

Soll sich jetzt noch einmal wiederholen, was wir bei der Post, der Postbank, der Telekom, bei den kommunalen Öffentlichen Diensten, bei den Ländern, den Universitäten, im Gesundheitswesen erlebt haben?

Gerade erst ist die Öffentlichkeit von den Berichten über die privatisierten Hamburger Krankenhäuser geschockt worden, wo eine werdende Mutter ihr Kind auf einer Pritsche im Untersuchungszimmer zur Welt bringen mußte: „Es war widerlich ... ich lag in meiner eigenen Matsche. Es war ekelhaft da zu liegen und ich konnte mich ja nicht mehr wehren. Aber im Nachhinein habe ich mich gefühlt, als ob ich meine Tochter inn der Nachkriegszeit zur Welt gebracht habe.“

Die Arbeitnehmer in Deutschland wollen nicht zurück zu den Entbehrungen der Nachkriegszeit.

Es ist offensichtlich: Die Regierung der großen Koalition, die am 24. Juli ihren Gesetzentwurf zur Privatisierung der Bahn beschlossen hat, gehorcht nur einem „Mandat“, nämlich dem der EU-Kommission in Brüssel, die mit ihren Vorgaben die Privatisierung des öffentlichen Dienstes betreibt.

Jetzt die Bahn - im Januar dann die vollständige Aufhebung des Postmonopols, von der der SPD-Parteivorsitzende vor einiger Zeit noch gesagt, dass mit ihr die Wiedereinführung von Kinderarbeit droht!

Das ist ihr Programm, das Programm der „Investoren“, der Finanzmärkte, die nach dem erneuten Börsenkrach wieder nach „frischem“ Geld suchen, aber nicht unseres, das Programm von uns Arbeitnehmern, Gewerkschaftern und Sozialdemokraten! Unser Programm ist:

Die Bahn ist öffentliches Eigentum, sie gehört dem Volk, sie darf nicht an der Börse verramscht werden!

Dem kann keine Abgeordnete und kein Abgeordneter der SPD seine Zustimmung geben!

Dazu haben sie kein Recht und kein Mandat!

Erinnert Euch daran, welchen Schaden die SPD schon durch die Verabschiedung der Gesundheits“reform“ und die Rente mit 67 genommen hat!

• **Sagt jetzt Nein!**

• **Lehnt die Privatisierung der Bahn im September im Bundestag ab!**

Ich unterstütze den Aufruf:

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Funktion:

e-Mail/Telefon/Telefax:

Kontakt: Henning Frey, Gleueler Str. 67, 50931 Köln, e-Mail: henning.m.frey@web.de